

Fördergrundsätze
Denkmalschutz-Sonderprogramm IV
Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)

1. Vorbemerkung

Deutschland verfügt über vielfältige Kulturlandschaften mit zahlreichen Kulturdenkmälern. Diese Kulturdenkmäler zu erhalten, kann eine national bedeutsame Aufgabe sein.

Die nachfolgenden Eckpunkte konkretisieren die finanziellen Hilfen des BKM für national bedeutsame Kulturinvestitionen im Denkmalschutz.

2. Förderkriterien

- Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien fördert Kulturdenkmäler, die unter Denkmalschutz gestellt sind.
- Hierfür stellt er Mittel für Maßnahmen an national bedeutsamen oder das kulturelle Erbe mitprägenden unbeweglichen Kulturdenkmälern zur Verfügung (Projektförderung).
- In Einzelfällen können auch historische Wasser-, Schienen- und Luftfahrzeuge gefördert werden.
- Gefördert werden können grundsätzlich nur Maßnahmen, die der Substanzerhaltung und Restaurierung im Sinne der Denkmalpflege dienen. In begründeten Fällen können Ausnahmen, die in Verbindung zu dem Kulturdenkmal stehen müssen, zugelassen werden.
- Aufwendungen für Inneneinrichtung und Ausstattungsgegenstände, die ausschließlich mit der späteren Nutzung von Kulturdenkmälern im Zusammenhang stehen, sind grundsätzlich nicht förderungsfähig.

- Dauerförderungen sind ausgeschlossen.
- Es besteht kein Anspruch auf Förderung.
- Eine Förderung steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit entsprechender Haushaltsmittel sowie sonstiger Bewirtschaftungsmaßnahmen und Sperren.

3. Verwaltungsverfahren

- Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien entscheidet über die Förderwürdigkeit einer Maßnahme.
- Träger der Maßnahmen und Antragsteller von Projekten im Sinne dieses Programmes können sein: Länder und andere Gebietskörperschaften, Kirchen und sonstige Projektträger (z.B. Stiftungen, Vereine).
- Dem Projektantrag ist eine Stellungnahme der für den Denkmalschutz zuständigen Stelle des Landes zur Bedeutung des Kulturdenkmals und zu den beantragten Maßnahmen beizufügen.
- Ein Kosten- und Finanzierungsplan ist dem Projektantrag beizufügen.
- Die Bundesbeteiligung beträgt grundsätzlich bis zu 50% der zuwendungsfähigen Ausgaben. Länder, Kommunen oder Dritte beteiligen sich an den aus Bundesmitteln geförderten Maßnahmen mit gleich hohen, mindestens aber angemessenen Haushaltsmitteln. In begründeten Fällen können Ausnahmen zugelassen werden.
- Begonnene oder bereits abgeschlossene Maßnahmen und Projekte können nicht gefördert werden. Daher darf mit dem Vorhaben vor Bewilligung der Zuwendung noch nicht begonnen worden sein. Im Vorfeld erforderliche Planungen und Bodenuntersuchungen gelten nicht als Beginn eines Vorhabens. In begründeten Ausnahmefällen kann auf Antrag von der Bewilligungsbehörde ein förderunschädlicher vorzeitiger Maßnahmebeginn zugelassen werden.